

Landkreis Ravensburg

den 10. Okt. 2017

Niederschrift

über die Sitzung des Sozialausschusses
am 22.06.2017 im Landratsamt Außenstelle Weingarten, Sauterleutestr. 34, Weingarten,
Sitzungssaal Raum 009

Dauer 14:30 Uhr bis 18:00 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 20 Mitglieder

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Landrat Harald Sievers,

stellvertr. Vorsitzende/r

Frau Eva-Maria Meschenmoser,

CDU

Herr Eugen Abler,

Herr Rolf Engler,

Herr Josef Forderer,

in Vertretung für KRin Dr. Rieser

Frau Josefine Haberkorn,

Herr Rudolf Hämmerle,

in Vertretung für KR P. Müller

Herr Clemens Moll,

Herr Daniel Steiner,

FWV

Herr Hans Peter Künst,

Frau Christa Stierle,

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Hildegard Fiegel-Hertrampf,
Herr Siegfried Spangenberg,

SPD

Herr Peter Clément,
Herr Gerhard Lang,

in Vertretung für KRin Müller

ÖDP

Herr Max Scharpf,

in Vertretung für KR Prof. Dr. Dieing

FDP

Herr Prof. Dr. Bernd Steidle,

Die Linke

Herr Wolfgang Nippe,

Protokollführer

Frau Eva Weeber,

von der Verwaltung

Herr Franz Baur,
Frau Diana E. Raedler,
Herr Klaus Preisinger
Herr Magnus Klein,
Frau Andrea Mueller,
Frau Silke Schefold,

Dezernent Finanzen, Schulen u. Infrastruktur
Dezernentin Arbeit u. Soziales
Amtsleiter Amt für Migration und Integration
Amtsleiter Sozial- und Inklusionsamt
Sozial- und Inklusionsamt
Sozial- und Inklusionsamt

Gäste

Herr Torsten Hopperdietzel,
Frau Dr. Annerose Knäpple,
Herr Peter Kneisel,
Herr Dr. Peter Messmer,

Kreisbehindertenbeauftragter, zu TOP 4 u. 5
Geschäftsführerin aku GmbH, zu TOP 10
Geschäftsführer DiPers GmbH, zu TOP 7
Sozialplaner, zu TOP 10

Abwesend:

CDU

Herr Thomas Kellenberger,
Herr Peter Müller,
Frau Dr. Silke Rieser,

wird von KR Hämmerle vertreten
wird von KR Forderer vertreten

FWV

Herr Markus Ewald,
Herr Matthias Grad,

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Ursula Hilpert,

SPD

Frau Gisela Müller,

wird von KR G. Lang vertreten

ÖDP

Herr Prof. Dr. Wolfgang Dieing,

wird von KR M. Scharpf vertreten

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung
2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Angelegenheiten der Stabsstelle Sozialplanung

3. 0087/2017
Teilnahme am Ideenwettbewerb zur Strategie "Quartier 2020 - Gemeinsam.Gestalten"

Mitteilungsvorlagen

4. 0080/2017
Modellprojekt Inklusionskonferenz
5. 0086/2017
Förderkriterien für die Vergabe von Mitteln aus dem Budget des Kreisbehindertenbeauftragten
6. 0083/2017
Bundesteilhabegesetz (BTHG) - Sachstand
7. 0081/2017
Geschäftsbericht 2016 der DiPers GmbH; Gast: Hr. Peter Kneisel, Geschäftsführer der DiPers GmbH
8. Mitteilungen und Anfragen

Eine nichtöffentliche Sitzung schließt sich an.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses wurden am 06.06.2017 zu dieser Sitzung eingeladen.

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und dass das Gremium beschlussfähig ist.

Öffentliche Sitzung

1 Änderung der Tagesordnung

Es werden keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgebracht.

2 Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Zum Protokoll der Sitzung am 09.05.2017 gibt es keine Änderungswünsche.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Angelegenheiten der Stabsstelle Sozialplanung

3 0087/2017

Teilnahme am Ideenwettbewerb zur Strategie "Quartier 2020 - Gemeinsam.Gestalten"

Beschlussentwurf:

Der Sozialausschuss stimmt der Teilnahme des Landkreises am Ideenwettbewerb des Ministeriums für Soziales und Integration Baden-Württemberg zu, mit dem Ziel, den Prozess der Quartiersentwicklung im Landkreis Ravensburg voranzutreiben.

Die Verwaltung entwickelt hierzu eine Strategie zur Zusammenarbeit und Koordination der Quartiersarbeit mit und in den Gemeinden des Landkreises.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Mitteilungsvorlagen

4 0080/2017

Modellprojekt Inklusionskonferenz

Frau Schefold stellt den Sachstand der Projekte sowie die Veranstaltungen des Modellprojekts mit einer PowerPoint-Präsentation vor.

KR Engler zeigt sich beeindruckt vom hohen Engagement und der regen Beteiligung. Er bittet darum, zum Abschluss des Projekts eine Standortbeschreibung vorzulegen und rechtzeitig vor dem Ende der Laufzeit über das weitere Vorgehen beraten zu können.

KRin Fiegel-Hertrampf dankt Frau Raedler für ihren persönlichen Beitrag zum Zustandekommen der Inklusionskonferenz und Herrn Hopperdietzel für seine enorme Leistung. Maßnahmen wie „leichte Sprache“ seien nicht nur für behinderte Menschen von Vorteil, sondern auch für ältere Personen, Migranten etc. Außerdem sei der Abbau von Barrieren für alle Menschen ein Gewinn, nicht nur für die unmittelbar Betroffenen.

Frau Raedler hofft, dass all das Geschaffene von Dauer ist. Die Verwaltung werde zu gegebener Zeit mit weiteren Unterlagen und Informationen in die Gremien kommen.

Herr Hopperdietzel bittet um eine engere Abstimmung und verweist auf seinen Mailverkehr an den Vorsitzenden und die Kreisräte.

Anmerkung der Schriftführung:

Die erwähnte Mail vom 16.06.2017 wurde den Kreisräten vom Sitzungsbüro am 23.06.2017 nochmals per Mail zugestellt.

Herr Hopperdietzel stellt die Nachhaltigkeit der Maßnahmen in den Vordergrund. Ein gutes und selbstbestimmtes Leben von behinderten und älteren Menschen entlaste die junge Generation einer Gesellschaft und langfristig gesehen auch den öffentlichen Haushalt. In den zurückliegenden zwei Jahren seien wertvolle Impulse gesetzt worden, aber nun müsse noch weitaus mehr umgesetzt werden.

KRin Stierle stellt Fragen zur Inklusionsberatung und zu den Inklusionsbegleitern, die von Frau Schefold beantwortet werden. Außerdem erkundigt sie sich nach den Mög-

lichkeiten, die Gemeinden stärker ins Boot zu holen. Die gewünschten Effekte seien leider noch nicht überall zu verzeichnen.

KR Spangenberg geht davon aus, dass sich die Behindertenbeauftragten in den Städten und Gemeinden vernetzen und austauschen.

Herr Hopperdietzel hält fest, dass jede Gemeinden einen Behindertenbeauftragten und/oder einen Behindertenbeirat benötigt. „Je mehr Erfahrungsaustausch stattfindet, umso besser – auch zur Entlastung meines eigenen Beratungsaufwandes!“

KRin Haberkorn gibt zu bedenken, dass die Schaffung von Strukturen alleine nicht ausreicht für eine zügige Umsetzung. „Inklusion braucht Zeit!“

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

5 0086/2017

Förderkriterien für die Vergabe von Mitteln aus dem Budget des Kreisbehindertenbeauftragten

KR Engler folgert aus der von beiden Parteien unterschriebenen Vereinbarung, dass diese einvernehmlich zustande gekommen ist und begrüßt diesen Konsens.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

6 0083/2017

Bundesteilhabegesetz (BTHG) - Sachstand

KR Nippe tauscht sich mit Herrn Klein über den aktuellen Sachstand aus.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

7 0081/2017

Geschäftsbericht 2016 der DiPers GmbH; Gast: Hr. Peter Kneisel, Geschäftsführer der DiPers GmbH

Herr Kneisel stellt den Geschäftsbericht mit einer PowerPoint-Präsentation vor.

KR Engler ruft dazu auf, sich jetzt nicht zurückzulehnen, sondern das Ziel Null-Arbeitslosigkeit bei der Jugend sowie den Umgang mit Asylsuchenden weiterhin im Blick zu behalten. Das Thema Arbeitsgelegenheiten müsse gegebenenfalls mit politischer Unterstützung umgesetzt werden. Ein zweiter Arbeitsmarkt sei dringend vonnöten. Hier müsse man rechtzeitig „vor-denken“ und sich strategisch aufstellen.

Herr Kneisel lässt wissen, dass DiPers ständig über eine Weiterentwicklung nachdenkt, auch in Abstimmung mit der Arbeitsagentur. Er beschreibt die Maßnahmen für Jugendliche, die im September keinen Ausbildungsplatz haben, bis hin zum praktischen Ausprobieren verschiedener Tätigkeiten und Austesten individueller Fähigkeiten.

Auf Nachhaken von KR Engler bezüglich der Null-Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen beziffert Herr Kneisel die arbeitslosen Jugendlichen mit 35. Dies sei eine hervorragende Zahl. Allerdings müsse man mit einer ungünstigen Entwicklung rechnen und die Situation deshalb genau beobachten, ggf. gegensteuern und passende Maßnahmen anbieten. In Zusammenhang mit den Arbeitsgelegenheiten gebe es viele Ideen zur Beschäftigung von Flüchtlingen, die jedoch in einen rechtlichen Rahmen eingepasst werden müssten.

KRin Fiegel-Hertrampf möchte den Flüchtlingen über DiPers die hiesigen Grundtugenden vermitteln und diese an Beschäftigungsstrukturen heranzuführen. Ihrer Meinung nach wäre auch die Organisation von Einzelprojekten hilfreich, um die „manpower“ der Flüchtlinge – zumindest zeitweise – einzusetzen.

KR Kunst und Herr Kneisel tauschen sich über die erwünschte Lockerung der rechtlichen Rahmenbedingungen aus, um Arbeitsgelegenheiten leichter etablieren zu können.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

8 Mitteilungen und Anfragen

Integration von Flüchtlingen – Aktueller Sachstand

KR Spangenberg lehnt die Intention, die seiner Meinung nach in der Sitzungsvorlage steckt, ab. Für eine gelingende Integration dürfe der Fokus nicht auf die Wirtschaftlichkeit gelegt werden. „Integration kann nur dezentral und unabhängig von behördlichen Maßnahmen klappen!“. Er liest ein Schreiben des Helferkreises Wangen vor, in welchem drei Einzelfälle beschrieben werden, bei denen das Landratsamt ohne Rücksprache mit dem örtlichen Helferkreis belastende Entscheidungen getroffen habe. Bei der beabsichtigten zentralen Ansiedlung der Sozialbetreuung beim Landkreis müsse mit einer Zunahme solcher Fälle gerechnet werden.

KR Engler ist ebenfalls irritiert über die Vorgehensweise der Verwaltung bei dieser überaus sensiblen Angelegenheit. Seiner Meinung nach wäre eine ganzheitliche Betrachtung, auch unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten, im Interesse aller Beteiligten. In Zusammenhang mit der Integration von Flüchtlingen habe der Landkreis eine Lenkungsfunktion, aber keinen operativen Auftrag. Hierfür gebe es Fachkompetenz. Die Freien Träger müssten nach wie vor ihre Kompetenzen einbringen können. Er kritisiert den Weg der Verwaltung, die Neuregelungen lediglich als Mitteilung unter TOP 8 vorzustellen, ohne vorherige Mitwirkung des Sozialausschusses / des Kreistags beim Entscheidungsprozess. Es sei nicht richtig, die Ausschussmitglieder mit dieser neuen Strategie zu überraschen. Daher solle das heute vorgestellte Papier wieder zurückgenommen werden.

Frau Meschenmoser betont, es gehe heute nicht um eine anstehende Entscheidung, sondern lediglich um die Information über den aktuellen Sachstand und die derzeitigen Überlegungen der Verwaltung. Diese werden vorgestellt, eben um den Vorwurf fehlender Transparenz zu entkräften. Entscheidungen könnten erst nach Vorlage weiterer Informationen des Sozialministeriums zum Thema Integrationsmanager gefällt werden. Die Verwaltung nehme auch den Auftrag ernst, den Personaleinsatz nach dem Rückgang der Flüchtlingswelle anzupassen, Ressourcen zu bündeln und die Unterbringungsstandorte zu reduzieren. Angesichts dessen, dass die schlussendliche Integration vor Ort in der Anschlussunterbringung bzw. am künftigen Wohnort erfolgt, wäre es sinnvoll, den Mitarbeitern der Freien Träger die Gelegenheit zu geben, sich bei den Gemeinden zu bewerben, um sich auf die Aufgaben vor Ort konzentrieren zu können. Mit der heutigen vorläufigen Information wolle die Verwaltung die Ausschussmitglieder

an den aktuellen Überlegungen teilhaben lassen.

KR Engler bemerkt, dass dieses „Kommunikationsmodell“ leider eher zu allgemeiner Konfusion beigetragen habe und wünscht eine Vorberatung dieser Angelegenheit im Sozialausschuss vor der Entscheidung über den Haushalt 2018.

Frau Meschenmoser verweist auf die anstehenden Beratungen des Inklusionskonzeptes.

KR Spangenberg hält fest, dass es sich bei der geschilderten Vorgehensweise nicht um eine Entscheidung handelt, sondern um die Formulierung eines ersten Lösungsansatzes. Bis zur Haushaltssitzung des Kreistags sei damit noch alles offen. Er unterstreicht nochmals, dass sich dezentrale Lösungen schon immer als die besseren erwiesen hätten.

KR Clement erwartet noch eine breite Diskussion über diese Thematik.

Frau Meschenmoser beantwortet die Nachfrage von KR Hämmerle zu den Zuständigkeiten und Zuordnungen bei der Betreuung in der Erst- und in der Anschlussunterbringung.

KR Hämmerle spricht sich daraufhin für einen Verbleib der Kompetenzen bei den Freien Trägern aus.

Der Vorsitzende stellt klar, dass die größte Kompetenz aus seiner Sicht beim Landratsamt liege, schon allein deshalb, weil die Aufgabe der Flüchtlingsbetreuung schon immer bei dieser Stelle angesiedelt war und man deshalb die meiste Erfahrung habe. Es sei der Eindruck entstanden, es ginge bei der Neuregelung in erster Linie um wirtschaftliche und haushaltsrechtliche Aspekte. Dabei stehe die Fachlichkeit im Vordergrund. Und hierzu gebe es verschiedene Sichtweisen. Integration finde in der Tat vor Ort, also auf kommunaler Ebene statt. Daher wolle sich die Landkreisverwaltung bewusst bei der Betreuung in der Anschlussunterbringung herausnehmen, im Gegensatz zu den Tendenzen in manchen anderen Landkreisen. In der vorläufigen Unterbringung liege der Schwerpunkt auf Erstorientierung, Unterkunft, sonstiger Versorgung und Behördenkoordination, um Themen wie Sprache und Arbeit ans Laufen zu bringen. Nach einer koordinierenden Phase, in der sich die verschiedenen Institutionen und Verantwortungsträger so früh wie möglich mit den betroffenen Menschen befassen können,

solle die eigentliche gesellschaftliche Integration durch feste Bezugspersonen vor Ort erfolgen. Das Modell sehe daher folgendermaßen aus:

- Sozialarbeit in der intensiven Anfangsphase durch den Landkreis
- Sozialarbeit in der zweiten Phase in den Gemeinden, bestenfalls in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter

KR Engler sieht die heutige Information nun als Arbeitsgrundlage, über die in der Folgezeit diskutiert werden soll. Er bittet darum, die Gespräche mit den Freien Trägern nicht abreißen zu lassen und die heutigen Ausführungen des Vorsitzenden in die neue Sitzungsvorlage mit einfließen zu lassen. Die künftigen Beratungsunterlagen dürften nicht in dieser reduzierten Fassung verbleiben.

KR Moll erkundigt sich nach den Entscheidungszuständigkeiten (Verwaltung / Kreistag) und bittet darum, alles in einer Vorlage entsprechend aufzubereiten.

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Kreistag über den Haushalt und den Stellenplan entscheidet. Wegen des „Ravensburger Wegs“, der atypisch sei, sich aber gut bewährt habe und im weiteren Ringen um Argumente auch beibehalten werden sollte, seien intensive Diskussionen über die vorgestellten Modelle zwischen Kreistag, Verwaltung, Gemeinden und Freien Trägern wichtig.

KR Spangenberg dankt für diese Stellungnahme.

Informationsmaterial; Broschüre „Lotse im Ehrenamt“

Frau Raedler verweist auf die ausliegende aktualisierte Broschüre „Lotse im Ehrenamt“, die von Interessierten mitgenommen werden kann.

Sozialausschuss am 22.06.2017:

Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse

Angelegenheiten des Amtes für Migration und Integration

9. 0096/2017

Unterbringung und Integration von Flüchtlingen - Vermietung von Unterkünften an Städte und Gemeinden

Beschlussentwurf:

Die Vermietung der Unterkünfte an die Städte und Gemeinden zur Unterbringung von Flüchtlingen erfolgt zu marktüblichen Konditionen wie in der Anlage 1 dargestellt.

Beratungsergebnis: einstimmig empfohlen

Z. B.

Vorsitzender

Landrat Harald Sievers

Stellvertr. Vorsitz

entfällt

Schriftführerin

Eva Weeber

Kreisräte

Rolf Engler

Gerhard Lang